

## **SPD Lennestadt kämpft für den Erhalt der Geburtshilfestation**

Die SPD in Lennestadt kämpft gemeinsam mit Unterstützern für den Erhalt der Geburtshilfestation im St. Josefs Hospital.

### **Wichtige Initiative zur Erhaltung der Geburtshilfestation in Lennestadt**

Lennestadt/Kreis Olpe. Die Sorge um die zukünftige medizinische Versorgung in ländlichen Regionen wird zunehmend lauter. Kürzlich initiierten die SPD-Fraktionen aus Lennestadt und umliegenden Gemeinden ein gemeinsames Vorgehen, um die Geburtshilfestation im St. Josefs Hospital Lennestadt vor einer drohenden Schließung zu retten.

### **Unterstützungsunterschriften von über 40.000 Bürgern**

Die Bedeutung der Geburtshilfestation wird nicht nur von politischen Vertretern, sondern auch von der Bevölkerung anerkannt. Über 40.000 Bürger aus Lennestadt, Kirchhundem und Eslohe haben ihre Unterstützung bekundet. Diese Zahlen verdeutlichen, wie stark das Anliegen der Bürger ist, die medizinische Grundversorgung in ihrer Region aufrechtzuerhalten. Es gibt auch zahlreiche einstimmige Entscheidungen von Gemeinderäten, die diese Initiative unterstützen, sowie Interventionen von Bürgermeistern und anderen politischen Abgeordneten.

## **Forderung nach ortsnaher medizinischer Versorgung**

Im Rahmen eines offenen Briefes an den Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann wird auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Geburtshilfestation nicht zu schließen. Die Unterzeichner, darunter prominente SPD-Vertreter wie Heinz Vollmer und Manuel Behle, betonen, dass eine Schließung zu erheblichen Fahrzeiten von über einer Stunde für schwangere Frauen führen würde. Solche langen Anfahrtswege seien unzumutbar und würden dem Bedarf an einer qualitativ hochwertigen medizinischen Betreuung nicht gerecht.

## **Demografische Herausforderungen im ländlichen Raum**

Das Thema Geburtshilfe repräsentiert ein wachsendes Problem in vielen ländlichen Gebieten Deutschlands. Besonders junge Familien sind auf eine ortsnahe medizinische Versorgung angewiesen. Die Schließung der Station könnte nicht nur Unverständnis und Frustration in der Bevölkerung hervorrufen, sondern auch extremistische politische Strömungen, wie die AfD, stärken, die aus solchen Situationen Kapital schlagen könnten.

## **Ein Appell an den Gesundheitsminister**

Die Verantwortlichen der SPD-Fraktionen zeigen sich optimistisch und bieten an, ihr Anliegen direkt vor Ort zu erläutern. Sie hoffen, dass Herr Laumann die Anliegen der Bürger ernstnimmt und eine positive Entscheidung trifft. Abschließend bedanken sie sich für das Verständnis und die Unterstützung des Ministers und versichern, dass sie sich für die Belange der betroffenen Bürger stark machen werden.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**